

# Danziger Zeitung.

No 16935.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Neffenhagergasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 22. Febr. (W. I.) [Projek Wilson.] Der Staatsanwalt beantragte gestern Abend, Wilson auf Grund des Artikels 405 des Strafgesetzbuches zu verurtheilen, nach welchem betrügerische und schwindelhafte Manöver mit einjährigem bis fünfjährigem Gefängnis bestraft werden; gegen die anderen Angeklagten, welche eine nur untergeordnete Rolle gespielt hätten, wurden geringere Strafen beantragt. Heute beginnen die Plädoyers der Verteidiger, die voraussichtlich bis Donnerstag dauern werden.

## Vom Kronprinzen.

Der „Post. Ztg.“ und „Magd. Ztg.“ wird auf Grund sorgfältiger Erkundigungen versichert, daß alle Gerüchte über eine gefährliche Verschlimmerung (neue Schwellungen und daraus erwartete Complicationen etc.) unbegründet sind. Daß der jetzige Zustand auch ohne Zutritt neuer erschwerender Erscheinungen zu ernstlicher Beurtheilung auffordert, ist nach den Mittheilungen von zuständigen Seite leider zweifellos. Namentlich war die Befriedigung der Aerzte über das seither vortheilhafte Allgemeinbefinden des Kronprinzen seit einigen Tagen gemindert, woran die vorvergangenen zum Theil schlaflosen Nächte die Hauptschuld tragen mögen. Man weist darauf hin, daß der Kronprinz zu jenen kräftigen Naturen gehört, die fast nie krank gewesen sind und die deshalb gegen solche Störungen um so empfindlicher zu sein pflegen. Auch trägt die jetzige scharfe Witterung am ligurischen Gestade zur Verlangsamung des Heilprozesses der Wunde bei, so daß mit der Möglichkeit von Zwischenfällen in den kommenden Tagen immer gerechnet werden muß.

Aus Berlin schreibt man der „Magd. Ztg.“: Es kann nicht Wunder nehmen, daß eine Reihe von Gerüchten, welche mit dem Zustande des Kronprinzen in Verbindung stehen, in Umlauf gesetzt worden ist. Dahin gehört u. a. die Mittheilung, daß die Ueberführung des hohen Kranken nach Berlin in Aussicht genommen sei, weil hier alle chirurgischen Behelfe zur Hand seien, und daß die Bereitstellung eines Salons für diesen Zweck schon in Erwägung gezogen worden sei. In ärztlichen Kreisen findet dieses Gerücht keinen Glauben, da im gegenwärtigen Zustande des Leidenden, welcher der größten Schonung bedarf und namentlich gegen jeden nachtheiligen Einfluß des Wetters geschützt werden muß, die Ueberföhrung leicht todtbringend werden könne. Vielleicht hängt das Gerücht mit einer angeblichen, jetzt erst bekannt gewordenen Äußerung des Kronprinzen zusammen, die schon im vorigen Herbst gefallen sein und dahin gelaute haben soll, daß, wenn er nicht sollte wiederhergestellt werden können, er nach Deutschland zurückkehren möchte, um im Vaterlande zu sterben. Auch das Gerücht, daß der Kaiser den Wunsch gehegt hätte, sich nach San Remo zu begeben, und daß er nur schwer von diesem Plan sich habe abbringen lassen, bedarf jedenfalls der Einschränkung. Es ist wohl naheliegend, daß der tiefbetrübte Vater die Äußerung gethan hat, er möchte an das Krankenlager des Sohnes eilen, um ihn wiederzusehen; aber ebenso naheliegend ist es auch, daß der Kaiser von selber den Gedanken als unausführbar erkannt hat.

Die „N. Fr. Presse“ in Wien schreibt: „Wir erfahren von ärztlicher Seite, daß die Erscheinungen, wie sie sich in den letzten Tagen in dem Falle des deutschen Kronprinzen zeigten, durchaus keine erfreuliche oder sogar nur hoffnungsvolle Aussichten für die Zukunft gestatten. Bei einer Tracheotomie an einem Erwachsenen sollten derartige Blutungen und Schleimauswürfe, wie die-

selben von den San Remo-Correspondenten gemeldet werden, nicht vorkommen und sicherlich nicht einige Tage lang andauern. Ein Arzt kann daher nur zu dem Schlusse gelangen, daß entweder die Natur des Kronprinzen den Heilungsprozeß nicht gut befördert oder daß das eigentliche Grundleiden im Kehlkopf störend auf die Heilung einwirkt. Vor allem anderen müßte festgestellt werden, woher das Blut, welches den Schleimauswurf färbt, kommt, dann sollte dieser Auswurf selbst einer genauesten mikroskopischen Untersuchung unterzogen werden. Aus dem Resultate dieser Untersuchung ließe sich viel sicherer als aus allen bisherigen expectorirten Stücken der Schlusß ziehen, welcher Natur das eigentliche Kehlkopfleidende des Kronprinzen ist, ob gutartigen oder carcinomatösen Charakters.“

Ueber das Befinden des Kronprinzen am gestrigen Tage ging uns folgendes Telegramm zu: San Remo, 21. Febr., Abends. Der Kronprinz hatte auch heute einen guten Tag. Das Befinden am Abend war besonders wohl. Die Wunde heilt ab.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Februar.

### Die auswärtige Lage

steht unter dem Zeichen der russischen Initiative zur Lösung der bulgarischen Frage. In die Stagnation, die allein schon zu Besorgnissen Anlaß gab, kommt also allmählich Bewegung. Aber mit besonderem Vertrauen sieht niemand in die Zukunft und fast allgemein beweist man, daß in der nächsten Zeit positive Resultate bezüglich der russischen Propositionen erzielt werden. Welche Stellung werden die Mächte annehmen?

Es scheint, daß die neueste Nummer des „Pester Lloyd“ einen gewissen Anhalt zur Beurtheilung der mutmaßlichen Aufnahme des russischen Vorschlages bietet, wenigstens von englischer Seite, indem das genannte Blatt, auf Grund von Londoner Preßstimmen, es für ausgemacht hält, daß Vorschläge, welche in irgend einer Art aus dem Rahmen des Berliner Vertrages heraustreten, an dem Widerstande Englands, dem sich ohne Zweifel, der Widerspruch anderer Mächte beigesellen würde, unfehlbar scheitern würden. „Wir unsererseits“, bemerkt dazu vorsichtig die offizielle „Nordd. Allg. Zeitung“, „sind außer Stande zu beurtheilen, ob und in welchen Punkten die mehrerwähnten Vorschläge Rußlands außerhalb des Rahmens der Berliner Vertragsbestimmungen fallen möchten, und begnügen uns, die Tagessymptome zu registriren. Vielleicht daß auch die Ankunft des russischen Cabinetsecreters Fürsten Barjatinskij in Wien unter diesem Gesichtspunkte Erwähnung verdient, wenigstens erfährt die Wifion dieses Herrn, schon seines Namens wegen, in den politischen Kreisen der Kaiserstadt an der Donau dieselbe Deutung. Doch wissen wir auch, daß der Fürstentitel in Rußland weit genug verbreitet ist, um nicht jedem im Auslande reisenden Träger desselben eo ipso eine besondere, im concreten Falle also über die Eigenschaft eines Cabinetsecreters hinausreichende Wifion zuzutrauen zu müssen.“

Mit Bezug auf die gestrige Meldung des „Standard“, daß Oesterreich, Italien und England es abgelehnt haben, sich an Schritten gegen den Coburger in Bulgarien zu betheiligen, ehe eine Verständigung über den neuen Thron-Candidaten erzielt sei, wird der „Post“ aus Wien mitgeteilt, daß diese Meldung in ihrem sachlichen Theile wohl mit den Anschauungen übereinstimme, die seit Monaten in dieser Frage in Wien, Rom und London kundgegeben worden sind, daß jedoch die genannten Regierungen in den letzten Tagen durchaus keinen Anlaß hatten, sich eine Erklärung abzugeben oder formell zu erneuern. Es mag immerhin sein, daß die russi-

schen Vorschläge, von welchen in den letzten Tagen viel die Rede gewesen, sich im allgemeinen in der vom „Standard“ angedeuteten Richtung bewegen und eine gewisse Einflußnahme Europas auf die Pforte zum Ziele haben, um diese zu veranlassen, die nach der Ansicht Rußlands illegalen Zustände in Bulgarien zu beseitigen. Allein die durch diese Vorschläge angeregten Verhandlungen sind gegenwärtig über die einleitenden Stadien nicht hinaus, und schwerlich dürften die Regierungen Oesterreichs, Italiens und Englands in der Lage gewesen sein, auf Propositionen, die ihnen amtlich noch nicht einmal zur Kenntniß gebracht worden sind, bereits eine formelle, ablehnende Antwort zu ertheilen.

Gestern hat der österreichische Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, dem gegenwärtig in Pest weilenden Kaiser Franz Josef über die neuesten russischen Vorschläge Vortrag gehalten, wobei die Antwort Oesterreichs auf diese Vorschläge in den Umrissen festgestellt worden sein dürfte. Ueber das Ergebnis der Conferenzen verläutet natürlich noch nichts. Doch wird es von allen Seiten für feststehend erachtet, daß Oesterreichs Auffassung von Italien und England durchweg getheilt werde.

Inzwischen wird der „Magdeb. Ztg.“ eine interessante Nachricht aus Konstantinopel übermittelt. Dieselbe lautet:

Hier ist das Gerücht im Umlauf, England habe der Pforte den Abschluß eines Vertrages, betreffend die Besetzung der Dardanellen, vorgeschlagen. Die englische Flotte in Genua soll für diese Besetzung bestimmt sein.

Es ist dies freilich vorerst nur ein Gerücht, ein solches jedoch, welches schon des öfteren aufgetaucht ist und nicht an absoluter innerer Unwahrscheinlichkeit leidet. Ist es wahr, so ist freilich bis zur Annahme des englischen Vorschlages seitens der Pforte noch ein weiter Weg. Rußland würde natürlich nicht verfehlen, alle Mienen sprengen zu lassen, um den englischen Plan zum Scheitern zu bringen; und daß bei der Pforte mit Intriguen hinter den Coulissen viel zu erreichen ist, das hat in letzter Zeit z. B. das Schicksal der Suezconvention bewiesen, deren Ratification die Engländer dank des russischen Gegenwärtens bis heutigen Tages vom Sultan noch nicht haben erreichen können.

### Ueber den Identitätsnachweis

schreibt in der „Bresl. Ztg.“ ein Mitglied der freisinnigen Partei, welche bekanntlich, wie auch alle übrigen Parteien, in dieser Frage nicht geschlossen ist:

„Es ist nicht anzunehmen, daß die Commissionsverhandlungen, die über die Aufhebung des Identitätsnachweises geführt werden, irgend ein positives Ergebnis haben werden. Es ist ein Antrag, bei welchem nicht Gründe gegen Gründe, sondern Interessen gegen Interessen stehen. Es ist kein Zweifel, daß Städte wie Danzig und Königsberg von den hohen Getreidezöllen bis in das tiefste Leben getroffen sind, und daß es für sie im höchsten Grade ein Bedürfnis ist, wieder einige Freiheit der Bewegung zu erhalten.“

Ähnlich, wenn auch nicht in so hohem Grade sind Breslau, Posen, Stettin dabei betheiligt. Auch der Grundbesitz im Osten hängt an, zu begreifen, daß er unter der Föhrung der Handelsfähigkeit leidet, und interessirt sich für den Antrag. Man kann annehmen, daß die Vertreter aller Kreise, die östlich von der Elbe gelegen sind, im Interesse ihrer Wähler für den Antrag gestimmt sind. Gerade umgekehrt ist es im Süden. Sieht man von der großen Handelsstadt Mannheim ab, die einen Centralpunkt des Getreidehandels bildet, so kann man annehmen, daß alle Vertreter von Kreisen südlich des Mains gegen den Antrag sind. Im allgemeinen entspricht es der Politik des Fürsten Bismarck, die materiellen Interessen Süddeutschlands sorgfältig zu berücksichtigen, und man

Ein im Taht einen Accent zu werfen gelehrt hat, als wär's der Schlag nach Mitternacht, der die Geister verjagt — hier verjagt er den Geist. Man hört aber auch eine geistreiche Munterkeit und ein fröhlich natürliches Empfinden heraus, zu welchem die Schule ihr offenbar die Anleitung und Anregung nicht gegeben hat, sondern welches Naturgabe ist, stärker als die Schule, welche nur eben eigentlich ihrerseits jene Gaben entwickeln, nicht aber ihr stärkere Fesseln anlegen sollte, als das Talent braucht. Jene Art von musikalischer Frohnatur und Freiwilligkeit zeigte sich besonders in den Schlusssätzen der Spielerin: Rubinstein, Balse (Allemagne) und Sillers Caprice über Schuberts Forderungen-Med, die schon recht starke technische Anforderungen macht: dort hörte man recht das tanzlustige Kind, wie Referent es am Nachmittage noch in toller Kinderart tanzen gesehen hatte, hier machte sich je länger je mehr, mit dem Wachsen der Schwierigkeit, Wärme und Schwung der Empfindung geltend, die die Zuhörer zu lebhaftestem Beifall bestimmen mußten. Es wäre wohl zu wünschen, daß dem tüchtigen Mädchen die Mittel würden, ihr Talent zu voller Blüthe und Reife zu entwickeln, damit Stephen Sillers Prophezeiung, sie werde einst eine bedeutende Künstlerin werden, sich erfüllen könne: daß dazu außer der technischen Festigkeit eine solide allseitige musik-theoretische und außerdem eine möglichst reiche allgemeine Geistesbildung gehört, braucht kaum gesagt zu werden; die letzteren beiden Factoren stehen bei S. M. Hansen zur Zeit noch nicht in richtigem Verhältniß zu ihrem Talent und Alter, woran eben die Umstände schuld sind.

Fraulein Brandstätter, von der Ref. den Schlusssatz von Schuberts „Frühlingsglaube“, Schlummerlied von S. v. Hoff, „D süße Mutter“ von Reinecke

darf nicht leicht voraussetzen, daß es sich für den Antrag, über welchen die Regierungsvertreter bisher ein sorgfältiges Stillschweigen beobachtet, aussprechen wird.

Die Uebelstände, welche durch die Getreidezölle hervorgerufen werden, werden hier und da durch die Aufhebung des Identitätsnachweises gemildert. Gleichzeitig werden aber dadurch die Getreidezölle selbst beseitigt. Es werden entschiedene Gegner derselben in gleichgiltige Zuschauer, vielleicht in Anhänger verwandelt. Es wird die Bahn frei gemacht, um abermalige Erhöhungen mit leichtem Herzen herankommen zu lassen. Die Verhandlungen in der Commission werden voraussichtlich die Folgen haben, die bestehenden Schwierigkeiten noch klarer herauszuarbeiten, und nicht, sie zu heben.“

Ueber den Stand der Arbeiten in der Commission ging uns heute nachstehende Depesche zu: Berlin, 22. Februar. (Privat-Telegramm.) Die Reichstagscommission zur Vorberatung des Antrags auf Aufhebung des Identitätsnachweises hat nunmehr die Generaldiscussion beendet, nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten. Morgen beginnt die Specialdebatte.

### Die Kosten der Polizeiverwaltung.

Der schon seit längerer Zeit erwartete Gesetzentwurf über die Aufbringung der Kosten der Polizeiverwaltung wird, wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, dem Abgeordnetenhaus dieser Tage zugehen. Es wird darin vorgeschlagen, die sachlichen und persönlichen Kosten zu vereinen und von der ganzen Summe die Hälfte der Kosten dem Staate, die andere Hälfte den Gemeinden aufzulegen. Die Mehrkosten, welche aus diesem Vorschlage für die Stadt Berlin erwachsen, werden auf nahezu drei Millionen geschätzt.

### Die Resultate der deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften in 1887.

Raum ist das Jahr 1887 abgelaufen, so ist selbst auf einem so ungeheuren Gebiete, wie dem der Lebensversicherung, Umschau gehalten und das Resultat des letzten Geschäftsjahres zusammengefaßt worden. Eine allerdings nur auf 16 von den 38 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften sich beziehende Darstellung im Wiener „Nationalökonom“ ergibt das erfreuliche Resultat, daß sowohl die Anzahl der Polizen, als auch die Versicherungssumme der im Jahre 1887 neu abgeschlossenen Versicherungen größer ist, als im Jahre 1886. Die betreffenden Ziffern sind: 1887: 46 340 neue Polizen mit 193 888 408 Mark Versicherungskapital, während für 1886: 41 724 neue Polizen mit 184 615 376 Mark Versicherungskapital zu verzeichnen waren.

Auch die Sterblichkeit war 1887 bei den 16 Gesellschaften günstig; die Ausgaben für Todesfälle waren um rund 90 000 Mk. geringer als 1886. Zu wünschen wäre, daß dieser hier constatirte erfreuliche Fortschritt im Lebensversicherungsweisen auch die übrigen Gesellschaften, deren Daten nicht zur Verfügung standen, aneignen möge, die Zahlen für das abgelaufene Geschäftsjahr so bald als möglich zu veröffentlichen. Da zu jenen 16 Gesellschaften die größten deutschen Gesellschaften gehören, so ist aber wohl die Ansicht gerechtfertigt, daß das Ergebnis des letzten Jahres eine neue Etappe in der Ausbreitung und Erstarkung des deutschen Lebensversicherungsgeschäftes bedeutet.

### Belgiens Neutralität.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Deputirtenkammer richtete der Deputirte Neujean eine Anfrage an die Regierung über die von verschiedenen Blättern gebrachten Nachrichten von dem Abschluß von Verträgen zwischen Belgien und einer auswärtigen Macht, Nachrichten, denen er übrigens keinen Glauben beimesse. Der König könne nicht ohne seine Minister handeln; mit derartigen Be-

und den Alpenhirt von Severin hörte, bewährte von neuem den geminnenden Reiz ihres Vortrages, dessen Hauptstärke die Verbindung des Edlen mit dem Lieblichen ist, sowie die Tüchtigkeit ihrer technischen Bildung; letztere gab sich besonders auch in Coloraturen zu erkennen, in denen einige der Lieder sich ergehen, dieselben kamen rein, bestimmt und ausdrucksvoll zu Gehör. Fraulein Menjer spielte die mitunter nicht leichte Begleitung der Lieder mit Geschmack und Sicherheit und folgte den Intentionen der Sängerin mit Wärme und Gewandtheit; auch sie hat mithin vollen Antheil an dem schönen Gelingen dieses Musikabends, der ohne alle männliche Assistenten ausgeführt ward.

Von der Oper „Figaro's Hochzeit“ hörte Referent die vom Orchester sehr elegant ausgeführte Ouvertüre, den ersten Akt und den zweiten bis zu dem Terzett des Grafen und der Gräfin mit der horchenden Susanne. Herr Arie sang den Figaro, Frau Rieg-Aeppeler die Gräfin, Frau v. Weber die Susanne, Fraulein Robinson den Cherubin, Fraulein Bernhardt die Marzelline, Herr Schloffer den Grafen, Herr Düffing den Bartolo, Herr Schnelle den Basilio, Herr Thalheim den Antonio.

Somit Ref. hörte, waren nur die vorthellhaftesten Eindrücke zu verzeichnen, bis auf die schlimme Aussprache des Fr. Robinson („ia die ia Tzuibe des Hechens kennt“ u. s. w.), während ihr sonst Stimmes durchaus nicht fehlt, wohl aber Schule. Es bestätigte sich uns aus der Gesamtheit dieser Eindrücke von neuem, wie sehr die Pflege der Oper mit unseren Kräften, von denen gerade die bedeutendsten am meisten, zu ihrer eigenen Qual, müßig gehen, verlohnen würde. C. F.

## Concert. — Theater.

Der gestrigen Opern-Aufführung bis zu Ende beizuwohnen, verhielten den Referenten das auf 8 Uhr Abends angeetzte Concert der 13jährigen Klavierpielerin Hanna Marie Hansen aus Trondjem; Referent hatte sich vorher überzeugt, daß es sich für die Kritik wohl verlohne, von dem Können und Streben des jungen Mädchens Notiz zu nehmen und dasselbe zu fördern, während eine Wiederholung des ohnehin zunächst nur mit Opfern zu ermöglichenden Auftretens der kleinen Künstlerin vorläufig ausgeschlossen erschien. Fraulein Brandstätter hatte in liebenswürdiger Uneigennützigkeit dem Concert ihre Unterstützung zugewendet, und ebenso hatte Fr. Elisabeth Menjer, die schon vor einigen Jahren dem Publikum als Klavierpielerin vorthellhaft bekannt gemacht hatte, die Begleitung der sechs von Fr. Brandstätter gesungenen Lieder übernommen.

Das Concert von Beethoven in B-dur, welches Hanna M. Hansen zuerst vortrug, und die ersten beiden Lieder (Brahms: „D fand ich doch den Weg zurück“ und Grieg: „Solweigs Lied“, interessante und bedeutungsvolle Compositionen) mußte Ref. veräumen, um sich die Oper nicht ganz entgehen zu lassen. Er wurde aber benachrichtigt, daß die jugendliche Spielerin ohne Anstoß nicht nur die Tutti mitgespielt, sondern auch an einzelnen Stellen dieselben an die Stelle des Klavierpartes gesetzt, resp. die Orchesterbegleitung in denselben eingezogen habe. Da sie hierzu erst am Vormittage die Anweisung vom Referenten erhalten hatte, der sie auf die musikalische Unmöglichkeit aufmerksam machte, das Concert ohne dieses Verfahren vorzutragen, so ist dies allein ein Beweis von nicht zu unterschätzender geistlicher Sicherheit. (In Stettin



hauptungen schreibe man dem Könige und den Ministern eine thörichte und verbrecherische Haltung zu. Der Artikel der Verfassung über das Recht, Verträge abzuschließen, sei älter als der Vertrag von London, welcher die beständige Neutralität Belgiens proclamiert, deshalb könne Belgien über ein Bündnis mit irgend jemand weder verhandeln noch ein solches abschließen. Er habe diese Frage an die Regierung nur gerichtet, um derselben Gelegenheit zu geben, das Ausland hierüber aufzuklären. Der Minister des Auswärtigen, Fürst von Chimay, erwiderte: Die Beantwortung dieser Anfrage sei leicht: es habe sich nichts geändert, kein Vertrag und auch kein sonstiges Abkommen sei getroffen worden. Belgien bleibe seinen Neutralitätspflichten treu und niemand habe versucht, es hiervon abzubringen, es sei bedauerlich, zu sehen, daß einige Blätter aus Opposition hartnäckig das Mißtrauen des Auslandes gegen Belgien zu erregen suchen.

Die Kammer gab Zeichen allgemeiner Zustimmung zu diesen Ausführungen, worauf der Abg. Neujean der Regierung seinen Dank für diese entschiedene Antwort aussprach, welche jedermann zufrieden stellen werde.

#### Die römische Frage und die Tripelallianz.

Der römische Correspondent der „Neuen Fr. Presse“ meldet, daß seinen (mittlerweile auch von deutscher Seite bestätigten) Mittheilungen über das Bündnis zwischen Italien, Deutschland und Oesterreich wesentlich nichts weiteres hinzuzufügen sei. Die römische Frage werde natürlich in diesen Verträgen nicht erwähnt, denn die italienische Regierung werde niemals dulden, daß eine Rechtsverwahrung des Vatican als eine internationale Angelegenheit betrachtet werde. Der Dreibund mache jede Hoffnung auf die Wiederherstellung der weltlichen Papst Herrschaft zu nichte; denn da sich die Verbündeten die Integrität ihrer Staatsgebiete gewährleistet, sei es natürlich, daß Deutschland und Oesterreich das Recht Italiens auf den Mittelpunkt seines Reiches, auf Rom, anerkennen und im Nothfalle mit Waffengewalt zu verteidigen verpflichtet sind.

#### Churchill, der „Tory-Demokrat“.

Lord Randolph Churchill bereitet eine große Parlamentsrede über die äußere Politik vor, für welche die Interpellationen des Herrn Labouchere an den Unterstaatssekretär Sir James Fergusson als Vorspiel gelten können. Lord Randolph Churchill hat, wie bekannt, sein Portefeuille im Cabinet Salisbury wegen der Frage von Ersparungen im Budget niedergelegt, aber die bei diesem Anlasse im Parlament gehaltene Rede hat dargelegt, daß er auch der Politik Lord Salisburys in der bulgarischen Frage Opposition gemacht habe. Lord Churchill ist mehr der Partei nach, als aus Princip ein Conservativer. Seiner Ansicht nach ist die Tory-Partei, wenn sie ihre traditionelle Politik weiter verfolgt, dem sicheren Untergange geweiht, und er hat auch schon den Namen für die neue Partei gefunden, deren Gründung er anstrebt, nämlich die „Tory-Demokraten“. Diese Partei würde vor allem darnach streben, den Beifall der großen Massen zu erlangen, welche erst bei der letzten Wahlreform das Stimmrecht erhalten haben, und aus diesem Grunde hat er auch in seinem Programm der Erzielung von Ersparnissen in der Verwaltung den ersten Platz angewiesen. Da nichts so kostspielig ist als der Krieg, will er so viel Fragen als möglich von denjenigen abschließen, die für England einen casus belli abgeben könnten. Er betrachtet daher auch die alte Ueberlieferung, daß die Vertheiligung der Integrität der Türkei ein vitales englisches Interesse sei, für überlebt und ungereimt und würde mit seiner ganzen Kraft gegen jedes Opfer an Geld und Blut hierfür protestieren.

Diese Ideen stehen natürlich im Gegensatz zu den Anschauungen Lord Salisburys, dessen politische Richtung zur Bewahrung der politischen Traditionen Englands zum Schutze Konstantinopels und der türkischen Meerengen sowie zu einer Anlehnung an die Tripel-Allianz neigt und der, wie man fast allgemein glaubt, diesbezüglich auch gewisse Abmachungen, speciell was die Vertheiligung der italienischen Küsten betrifft, getroffen hat.

#### Das Sinken des Rubelcourses.

Wie der „Areuztg.“ aus Rußland berichtet wird, werden die dortigen Geschäftskreise wegen des fortgesetzten Sinkens des Rubelcourses von einem um so beängstigenderen Gefühl beherrscht, als weder der ja so erschwerte Waaren-Import noch sonstige wirtschaftliche Verhältnisse einen genügenden Erklärungsgrund bieten. Gleichwohl mag man nicht, den von Herzen von manchem gehegten Verdacht auszuspochen, daß das erhöhte Ausgubot von Papierrubeln auf den auswärtigen Plätzen vielleicht in Maßnahmen seinen Grund habe, die sich der Controle entziehen. Eben weil eine solche Controle nicht möglich und daher die Beweisführung für vielleicht nur leichtfertige Behauptungen ebenso unmöglich ist, getraut sich niemand, den erwähnten Verdacht offen auszusprechen. Man darf sich aber nicht wundern, daß derlei Muthmaßungen auftauchen, nachdem in russischen Blättern, wie dem „Swiet“, und zwar gestützt auf einen „alleruntertänigsten Bericht“ des Finanzministers, von der Eventualität der Präcisierung des Silberhopenwerthes des Rubels in Uebereinstimmung mit den Coursen des verfloßenen Jahres gesprochen wird, was ja nur eine Bemerkung des Bankerotts wäre, wenn es gleich heißt, daß einer solchen Maßnahme sofort eine Umwidmung des Creditgeldes in klingende Münze folgen müßte, und nicht nur in dem Berichte des Finanzministers von einer inneren Anleihe zu letzterem Zwecke die Rede ist, sondern die Blätter, wie der „Swiet“, für eine solche und zwar 4proc. Anleihe plädieren.

Es sind also nachgerade Aussichten auf den Bankerott einerseits und auf eine Zwangsanleihe andererseits, welche die russischen Blätter selbst eröffnen, denn daß eine 4proc. Anleihe in Rußland nicht anders denn als eine Zwangsanleihe gedacht werden könnte, versteht sich von selbst.

#### Ein komisches Unglück

Ist den Franzosen infolgedessen widerfahren, als dieser Tage ihrer unheilbaren Spionensucht — ein Russe zum Opfer gefallen ist. Dieser, ein Fürst Pakhtanow, der sich zur Zeit in Pau aufhält, beschäftigt sich, wie man der „Abl. Ztg.“ schreibt, aus Liebhaberei auch mit der Malerkunst, in deren Ausübung er neulich seine Staffelei an einem landschaftlich schönen Ort in der Umgebung von Pau aufstellte. Zu seinem Unglück erblickte ihn aber dort ein patriotischer Jäger, der sogleich zum Polizeicommissar stürzte, um den „preussischen Spion“ anzuzeigen. Polizeicommissar und Jäger eilten

natürlich zur Stelle, betrachteten die angefangene Skizze einer Landschaft, kamen zu dem Schluß, daß diese zwar keinem Kriegsplan gleiche, verhafteten den Maler aber nichtsdestoweniger und befestigten ihn trotz aller Erklärungen bis in die Nacht hinter Schloß und Riegel. Er erbot sich, seine Persönlichkeit durch in Pau ansässige Franzosen freizustellen zu lassen, aber erst der Staatsanwalt gab diesem Antrage nach, und da stellte sich denn in der That heraus, daß man statt eines preussischen Spions „un noble Russe“ erwischte hatte. Trauer ob dieses Mißgriffes, Beschämung, Entschuldigungen und schließlich Verzeihung des also Gehängten bilden den Schluß dieser neuesten Spionengeschichte, aus der die Spionenniederer sich aber unzweifelhaft doch keine Lehre nehmen werden.

#### Die staatliche Lebensversicherung in England.

Die staatliche Lebensversicherung in England vermag auf keinen grünen Zweig zu kommen. Nach den kürzlich veröffentlichten officiellen Ziffern hat das Assurance-Departement im Jahre 1886 506 neue Policen emittirt, welche für den Staat eine Haftpflicht von nur 34 188 Pfd. Sterl. repräsentirten und etwas hinter 1885 zurückblieben, wo diese Verbindlichkeit 34 768 Pfd. Sterl. ausmachte. Die englische Regierung hat vom 17. April 1885 bis 31. Dezember 1886 im ganzen nur 8325 Policen für ein Kapital von 644 847 Pfd. Sterl. ausgegeben. Es ergibt dies pro Jahr die kleine Durchschnittsziffer von 383 Policen für 29 705 Pfd. Sterl. Kapital in einer Reihenfolge von nahezu 22 Jahren. Was hat in dieser Epoche die Privatversicherung in England geleistet?

#### Marokkanische Konferenz.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Madrid zunehmenden Mittheilung haben sich die in letzter Zeit getriebenen Aussichten auf den Zusammentritt der marokkanischen Konferenz neustens wieder erheblich gebessert, nachdem es so ziemlich gelungen ist, die Vorfrage einer allseits befriedigenden Umgrenzung des Berathungs-Programmes einer Lösung zuzuführen. Insbesondere ist die Haltung des französischen Cabinets dem Konferenzgedanken gegenüber eine freundlichere geworden, und es wird versichert, daß die Einbeziehung der handelspolitischen Beziehungen in den Berathungskreis von dieser Seite nicht mehr auf große Schwierigkeiten stoße.

#### Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 21. Februar.  
Erste Lesung der Secundärbahn-Vorlage.  
Minister Maybach giebt eine kurze Uebersicht, wie sich die Verwendung der Ueberflüsse gestaltet hat. Seit 1879/80 belaufen sich dieselben im Extraordinarium auf rund 81 Millionen, besondere Credit hierzu 620 Mill., im ganzen auf rund 701 Mill. Rechnen wir hierzu die Ueberflüsse aus der Betheiligung an Privatbahnen, ferner die Ueberflüsse, welche in der Abschreibung ihre Verwendung gefunden haben, deren Betrag ich etwa nach dem Anlaß des laufenden Jahres auf 364 Mill. annahm, die Activa an Privatbahnen, welche nach besonderen Gesetzen Verwendung gefunden haben für Meliorationsbahnen und Erweiterung des Netzes, mit 181 Mill., und rechnen wir dazu die Summen, welche zur Amortisation von Actien von Privatbahnen, also zur realen Schuldenentlastung verwendet worden sind, von rund 98 Mill., so ergeben sich hiernach die Ueberflüsse auf rund 644 Mill. Nun sind von den im Extraordinarium bewilligten Fonds geleistet worden als nicht zu verwenden 8 Mill., von den Crediten, die durch besondere Gesetze bewilligt worden sind, 141 Mill., in Summa rund 149 Mill., so daß wir in der That alle diese Aufwendungen, die wir gemacht haben, gewinnen konnten aus dem Ueberfluß der Staatseisenbahnen. Das ist doch auch eine indirekte Amortisation, indem wir auf der einen Seite abschreiben und auf der anderen Seite die Summen aufrufen. Angesichts dieser Ergebnisse dürfen wir annehmen, daß die Ueberflüsse der Eisenbahnen doch eine wirklich entsprechende Verwendung gefunden haben. Wir haben nach den früheren Gesetzen nicht weniger als 129 Eisenbahnen, es sind nur 14 Eisenbahnen privatim angelegt worden, also in Summa 143 neue Linien. Dazu kommen nun diese 19 Linien, so daß wir in Summa 162 neue Linien haben. Nehmen Sie nun dazu die Kosten für die großen Umbauten der Bahnhöfe in den großen Garnisonstädten, so werden Sie sagen, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Mittel richtig angewendet hat. Die Vorlage empfiehlt der Minister der Budgetcommission zu übernehmen.

Es sprachen nun eine große Anzahl von Abgeordneten aus den verschiedenen Provinzen und drückten dem Minister theils ihren Dank für die Vorlage aus, theils bringen sie abweichende oder auch unbedingte Wünsche zur Sprache. Wir haben daraus die Reden der Abgeordneten aus Ost- und Westpreußen hervor.

Abg. Wehr-Dt. Arone (freiconf.) bemängelt die Bahnverhältnisse in Danzig. Es sei ferner wünschenswerth, daß die Direction der Ostbahn die Gesuche der Interessenten um Anschlußgleise mehr berücksichtige.

Abg. v. Puttkamer-Blau (conf.) Bei uns wird es in vollem Maße anerkannt, daß Ost- und Westpreußen von dem Staatsbahnstamm den größten Vortheil gehabt haben. Es ist anzuerkennen, daß in dieser Vorlage theilweise das Princip verlassen ist, daß die Interessenten für die Secundärbahnen den Grund und Boden herzugeben haben. Natürlich geschieht dies nur da, wo es sich um arme Gegenden handelt. Ich möchte die Regierung bitten, auch für die Strecke Mischwalde-Elbing davon abzusehen, wegen der geringen Leistungsfähigkeit der Kreise Mohrungen und Dr. Holland.

Abg. Döhring (conf.) spricht seine Befriedigung über die Strecke Marienburg-Hohenstein aus.

Abg. Aerebs-Braunsberg (Centr.) schlägt eine Anschlußbahn nach Mohrungen an die Linie Mischwalde-Elbing vor.

Abg. Richter: Es ist nicht meine Absicht, dem Minister auch für irgend eine Eisenbahnlinie Dank zu sagen. Diese Secundärbahnvorlage und die daran in der heutigen Manier geknüpften Debatten verziehen ganz und gar die Stellung des Ministers zum Parlament und drücken die Stellung des letzteren herab. Der Minister fordert von uns Geld für neue Linien, die wir zu kritisieren haben. Statt dessen erntet der Minister nur Dank; über den Specialfragen wird die Hauptfrage vergessen. Eine Generaldiscussion haben wir garnicht gehabt und doch sind hier eine ganze Reihe von Fragen zu besprechen, z. B. ob das System der schmalspurigen Bahnen in der That zu rechtfertigen sei. Schon im vorigen Jahre mußte ich meine bejünglichen Ausführungen bis zur 3. Lesung verschieben. Ich möchte vorschlagen, die Herren, welche dem Minister für irgend eine Linie zu danken haben, in eine Commission zu schicken. (Heiterkeit.) Da könnte dann diese Sache in einem kleineren Gremium so zu sagen abgemacht werden.

Abg. v. Gynern (nat.-lib.) weist das Urtheil des Abg. Richter zurück, da man die Wünsche und Bedürfnisse seiner Kreise nicht über den großen theoretischen Gesichtspunkten vergessen dürfe.

Abg. Richter: Ich halte an der Ansicht fest, daß derartige Debatten die Stellung des Parlaments verschlechtern. Ich bitte Sie, einmal ruhig und objectiv zu erwägen, ob das beobachtete Vorgehen die Stellung des Parlaments erhöht. Die Zukunft wird ja lehren, wohin das führt.

Abg. Graf zu Limburg-Stürum (conf.) verneint, daß überhaupt Stoff zu einer allgemeinen Debatte vorliege. Man habe eben die Vorzüglichkeit der jetzigen Eisen-

bahnverwaltung erkannt. Herr Richter habe auch wohl weniger die Stellung des Parlaments als seine eigene im Auge.

Abg. Biesenbach (Centr.) hält es für berechtigt, mit Mannesmuth auch die Wünsche der Bevölkerung zu vertreten (Heiterkeit), damit nicht ledig vom grünen Tische decretirt werde.

Abg. Gerlich (freiconf.): Wenn Abg. Richter generelle Fragen vorbringen wollte, so ist es ihm ja durchaus unbenommen.

Abg. v. Gynern: Den Abg. Richter hindert ja nichts, auch jetzt noch seine schmalspurigen Ideen hier zu Tage zu bringen.

Abg. Richter: Diese Debatte zeigt so recht, wohin es führt, wenn man keine sachlichen Gründe hat. Dann macht man schlechte Witze, wie Hr. v. Gynern. Auch der Abg. Graf Limburg-Stürum hat aus Mangel an sachlichen Gründen mich persönlich mit Invektiven bedacht. Woher weiß er denn, daß ich meine Stellung im Parlamente nicht so finde, wie ich es wünsche? Dem Abg. Biesenbach erwidere ich, daß ich durchaus nicht den Abgeordneten das Recht verschränkt wissen will, auch Specialfragen zur Sprache zu bringen. Dafür ist aber in einer Generaldebatte kein Platz.

Abg. Wehr-Dt. Arone (freiconf.): Wenn Abg. Richter sich über persönliche Angriffe beschwert, so möchte ich ihn doch bitten, seine eigenen drei Reden nachzulesen, ob er etwas Sachliches beigebracht hat. Er hat nur formelle Bemerkungen gemacht, aber sachlich nichts angeführt.

Abg. Meyer-Breslau (freif.): Die Geschäftsordnung sagt in § 16: „Die erste Berathung ist auf eine allgemeine Discussion über die Grundzüge des Entwurfs zu beschränken“. Nun erlaube ich mir die Frage zu stellen, ob die heutige erste Berathung diesem Paragraphen entsprochen hat (Heiterkeit). Bestimmungen der Geschäftsordnung sind ja auch solche, für die mit Mannesmuth eingetreten werden muß (Heiterkeit), wenn sie in Vergessenheit gerathen. Ich glaube also, daß mein Freund Richter absolut zu seinen Ausführungen berechtigt war. Davon ist ja auf keiner Seite die Rede gewesen, die Geltendmachung lokaler Wünsche zu beseitigen, es handelt sich lediglich darum, eine angemessene Art dafür zu finden. Die erste Lesung dieses Entwurfs ist doch nicht die richtige Stelle dafür. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln wie bisher, dann würde sich vielleicht eine Aenderung der Geschäftsordnung dahin empfehlen, eine besondere Dankgussung anzubringen. (Große Heiterkeit.) Zweifellos aber ist, daß jetzt die Berathung allgemeiner Grundzüge scheitert an der Praxis, die sich hier eingebürgert hat.

Der Gesetzentwurf wird an die Budgetcommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

#### Deutschland.

\* Berlin, 21. Februar. Bei dem Gala-Diner, welches dieser Tage aus Anlaß des 70jährigen Jubiläums unseres Kaisers als Chef des russischen Infanterie-Regiments „Saluga“ im königlichen Palais stattfand und an dem auch die Gratulations-Deputation dieses Regiments theilnahm, erhob sich der kaiserliche Jubilar und brachte das Hoch auf den Jaren aus, indem er Alexanders I. gedachte, dessen Günst er das Regiment zu verdanken habe, und dann nach einander die Kaiser Nicolaus, Alexander II. und den jetzigen Jaren erwähnte, mit denen ihn stets die innigste Freundschaft verbunden habe. Er sollte dabei auch besondere Worte der Anerkennung der Tapferkeit und Tüchtigkeit seines Saluga-Regiments. Der Kaiser sprach, wie die „Abl. Ztg.“ berichtet, sehr lebhaft und am Schluß mit großer Bewegung.

\* [Der neue Jhring-Mahlow-Projekt.] In letzter Stunde noch ist der neue Jhring-Mahlow-Projekt, in welchem auf heute, den 22. Februar, Termin angelegt war, verschoben worden. Vielleicht ist, bemerkt dazu das „B. Tagebl.“, der Grund der Vertagung darin zu suchen, daß mehrere höhere Beamte der politischen Polizei, auf deren Zeugniß es ankommt, auch als Zeugen in dem gestern begonnenen Prozeß gegen das Berliner socialdemokratische Comité (Ferkel und Genossen) fungiren. Von dem neuen Mahlow-Projekt erwartet Herr v. Puttkamer bekanntlich, laut seinen Äußerungen im Abgeordnetenhaus, daß derselbe die volle Integrität des von ihm warm in Schutz genommenen und auf seinen Antrag erst jüngst decorirten Criminalbeamten Jhring darthun werde. Die Zeugen im ursprünglichen Jhring-Mahlow-Prozeß werden sämmtlich wiederum Zeugniß abzugeben haben.

\* [Die Commissionsberathung über den Identitätsnachweis.] Aus der letzten Sitzung der Identitäts-Commission, über welche gestern der Telegraph kurz berichtete, tragen wir aus einem Bericht des „B. Tagebl.“ noch folgendes nach:

Frrh. v. Mirbach (conf.) tritt für den Antrag ein. Zahlreiche Zeitungsstimmen haben sich für denselben ausgesprochen, auch aus dem Westen Deutschlands seien Petitionen zu Gunsten desselben eingegangen, u. a. auch von der Handelskammer zu Mannheim. Die deutsche Landwirtschaft sei nicht im Stande, den Bedarf an Cerealien zu decken. Wenn der volle Zoll rückvergütet werde, werde sich auch in Süddeutschland die Lage der Landwirtschaft bessern. Für den Osten habe der erhöhte Getreidezoll gar keine oder nur eine minimale Wirkung gehabt. Die Concurrenz zwischen Osten und Westen sei aber noch verschärft worden, da der Osten mit seinem Absatz lediglich auf Deutschland angewiesen sei. Reineswegs involvire der Antrag, wie behauptet werde, eine Exportprämie, da das Reich bei der Ausfuhr keine Zuschüsse leiste. Auch einen Preisbruch auf den Weltmarkt werde die Annahme des Antrags nicht zur Folge haben, ebenso wenig sei die Einfuhr einer schlechten Qualität zu fürchten, da der deutsche Markt nur gute Qualitäten gebrauchen könne. Wer gegen ein Monopol der Müller sei und das Gedeihen der Landwirtschaft wünsche, müsse für den Antrag sein. Abg. v. Gynern (Centrum) ist gegen den Antrag in allen seinen Theilen. Wenn die Reichskasse einige Millionen Zoll einbüße, so bedeute dies doch jedenfalls in gewissem Sinne eine Exportprämie. Man wolle eben mit den Einfuhrzöllen dem Osten Exportprämien gewähren, um sein Getreide besser ins Ausland abzusetzen. Die Wirkung der eben gewährten Getreidezölle als unbedeutend hinzustellen, sei unbegründet, da die erhöhten Zölle erst zu kurze Zeit in Wirksamkeit seien. Die Mühlenstränfläger seien allerdings in gewissem Sinne ein Monopol, aber nach Annahme des gestellten Antrages würde dieses Monopol eher verstärkt als abgeschwächt werden. Eine Preissteigerung zu Gunsten des Ostens auf Kosten des übrigen Deutschlands würde die Folge sein. Den Löwenanteil an Gewinn würden die Getreidehändler, die Exporteure und Importeure, haben. Der Zwischenhändler würde das meiste profitieren, der Landwirth selbst aber einen sehr geringen Vortheil haben. Auch der eventuelle Ausfall für die Reichskasse sei nicht außer Acht zu lassen. Und wie solle es erst im Falle eines Krieges werden? Alsdann die Maßregel aufzuheben, könne nichts helfen, da die Eisenbahnen dann durch den Transport von Soldaten ganz beansprucht würden. — Abg. Büßing (nat.-lib.) kann nicht zugeben, daß die Einfuhrzölle eine Exportprämie bedeuten. Je höher der Getreidezoll, desto größer seien die Mißverhältnisse und Unterdrückung für die verschiedenen Gegenden Deutschlands. Da wir einmal die Zölle haben, gelte es, diese Mißverhältnisse nach Möglichkeit auszugleichen, und das wolle der Antrag. Die Einfuhrzölle würden nur in geringem Maße Börsenpapiere werden. Der Bauer werde bei Getreideverkauf den Stand

dieses Papiers in Betracht ziehen und entsprechend mehr für sein Getreide fordern und auch, in Folge der Concurrenz, erhalten. Es sei also falsch, anzunehmen, daß der Handel den ganzen Gewinn in die Tasche stecken könne. Die Rheiderlei im Norden läge sehr darnieder, und es sei wünschenswerth, daß sie in Folge Annahme des Antrages wieder mehr Beschäftigung finde. Allerdings würde der Norden gewinnen, aber der Süden und Westen Deutschlands nicht geschädigt werden durch Annahme des Antrages. Das Opfer der Reichskasse komme den großen wirtschaftlichen Vortheilen gegenüber nicht in Betracht. Abg. Brömel (freif.) hält den Antrag im Princip für richtig, wenn er auch in mancher Hinsicht einzuschränken sei. Eine Vertheuerung des Getreides sei durch Annahme des Antrages nicht zu befürchten. Für den Osten und Norden Deutschlands gelte es jedenfalls einem Nothstande entgegenzutreten, und er würde eventuell auch für den unveränderten Antrag stimmen. Abg. v. Hülse (conf.): Von den Gegnern des Antrages seien wirklich stichhaltige Gründe nicht vorgebracht worden. Der Antrag würde hauptsächlich sich für Handel, Industrie und Landwirtschaft als vorthellhaft erweisen; es sei ein nothwendiges Corrollet der Getreidezölle, was gefordert werde. Die Schmälerung der Reichsfinanzen würde ganz unbedeutend sein. Daß die Einfuhrzölle lediglich ein Speculationspapier an der Börse werden würden, sei nicht zu befürchten. Abg. Scipio (nat.-lib.): Eine Belebung des Getreidehandels sei das hauptsächlichste Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen; jetzt könnten die Landwirthe ihr Getreide oft gar nicht an den Mann bringen. Die Müller in Norddeutschland liefern jetzt billiger als die in Süddeutschland, so daß die letzteren die Concurrenz kaum noch aushalten können. Die Getreidehändler in Münden stehen nur auf den Augenblik, wo der Antrag zum Gesetz wird; dann hoffen sie beträchtliches Getreide nach der Schweiz ausführen zu können.

Die Berathung wird Dienstag Abend fortgesetzt.

\* [Der Central-Vorstand deutscher Arbeiter-colonien] tagte gestern unter dem Vorsitz des Herzogs von Ratibor. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß nächsten Montag eine neue Colonie „Simonhof“ eröffnet werden soll. Auch in Posen und Thüringen sind die Vorbereitungen zur Eröffnung neuer Colonien weit genug gediehen. In der Rheinprovinz geht man mit der Begründung einer neuen Colonie für die katholische Bevölkerung vor. Der von Herrn v. Jhenpitz erstattete Jassenbericht ergibt eine Jahres-Einnahme von 2016 Mk., eine Ausgabe von 2408 Mk. und somit einen Fehlbetrag von 392 Mk.

\* [Der Congreß deutscher Landwirthe] tagt seit Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. v. Frege. Nach technischen Vorträgen über die Erhaltung des Sticksstoffes im landwirtschaftlichen Betriebe verhandelte man, wie die „Freif. Ztg.“ berichtet, über die Wirkung des neuen Brandweinsteuer-gesetzes. Die Referenten Abg. v. Rauchhaupt und Rittergutsbesitzer v. Graf-Klanin empfahlen eine Resolution, welche eine Erhöhung des zu dem niedrigen Steuerfuß von 50 Mk. contingentirten Brennquantums als ein zu erhoffendes Ziel ins Auge faßt und außerdem die Petition des Vereins der Spiritusfabrikanten auf Beseitigung gewisser Fesseln in den Ausführungsbestimmungen für Production und Handel unterstützt. Abg. v. Rauchhaupt als Referent klagte über den Rückgang der Landwirtschaft und meinte, daß die Substitutionsstatistik, in welcher 40 Proc. der Substationen auf Verschuldung der Grundbesitzer zurückgeführt werden, damit zusammenhänge, daß Grundbesitzer sich erst dem Caster des Trunkes ergaben, als sie durch den Rückgang des Gutes aus anderen Ursachen zur Vermehrung gezwungen waren. Der Werth der Steuerbefreiung für den contingentirten Brandwein beizurecht sich allerdings auf 18—19 Mk., aber in der Zukunft würden die Brenner bei dem verminderten Consum die Consumsteuer nicht tragen können, wenn nicht eine Erhöhung der Inlandspreise eintrete. Das Hauptziel müsse deshalb sein, die volle Differenz von 20 Mk. zu erreichen zu suchen. Correspondent Rittergutsbesitzer v. Graf verlangte, daß der Exportspiritus schon im Inlande durch Aufdrückung eines Stempels „exportirt“ werde. v. Dief-Daber sprach gegen die Verarbeitung von russischem Spiritus in Hamburg. Darauf wurde die Resolution, welche das Privilegium der vorhandenen Brennereien noch vorthellhafter gestalten soll, einstimmig angenommen. Schließlich empfahl der Congreß die Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Breslau. Hierauf wurde der Congreß geschlossen.

Laurahütte, 16. Februar. Als neues Beispiel der strengen Willkür und der Brutalität russischer Grenzsoldaten wird uns folgender Vorfall mitgetheilt. Die Leidtragenden, welche am letzten Dienstag Nachmittag der Beerdigung auf dem hiesigen evangelischen Kirchhofe beizuhatten, welcher in der Nähe des Bienenhofes unmittelbar an der russischen Grenze liegt, waren Zeugen folgender Scene. Als der Leichenzug in den Kirchhof hineinbog, kam in der Richtung von Przelaika her ein Mädchen auf dem neutralen Grenzwege dahergeeilt, das jedenfalls nach Laurahütte wollte. Raum hatten die beiden auf russischem Terrain postirten Grenzsoldaten das Mädchen erblickt, so stürzten sie über dasselbe her und schlepten es in die etwa 100 Meter jenseits der Grenze belegene Erdhütte. Hier mißhandelten beide das Mädchen auf eine hier nicht wiederzugebende Weise und ließen es dann frei, worauf dasselbe jammernd über die Felder hinweg nach Laurahütte eilte. Die Furcht vor den scharf geladenen Gewehren der Russen und vor den unangenehmen Consequenzen ihrer Einmischung hielt die Zeugen des Vorfalles ab, dem mißhandelten Mädchen, dessen Hilfesucherei aus der Hütte herausbrang, zu Hilfe zu eilen. (Königsbutter Zeitung.)

#### England.

London, 18. Februar. Dem „Newspaper Press-Directory“ für 1888 zufolge erscheinen im vereinigten Königreich gegenwärtig 2177 Zeitungen, von denen 454 auf London, 1273 auf die englischen Provinzen, 82 auf Wales, 189 auf Schottland, 158 auf Irland und 21 auf die Canallanden kommen. Es befinden sich darunter 180 täglich erscheinende Zeitungen, wovon 136 auf England, 6 auf Wales, 21 auf Schottland, 16 auf Irland und 1 auf die britischen Inseln kommen. Welche Fortschritte die Zeitungspreise in England seit den letzten 40 Jahren gemacht, beweist der Umstand, daß in 1846 nur 551 Journale, darunter 14 täglich erscheinende, im vereinigten Königreich veröffentlicht wurden. Die Zahl der in 1888 veröffentlichten Monats- und Vierteljahrs-Schriften beträgt 1508, von denen 399 entschieden religiöser Natur sind und die Staatskirche, die Wesleyaner, Methodist, Baptisten, Unabhängigen, Römisch-Katholiken und andere christliche Secten repräsentiren.

#### Rumänien.

Bukarest, 20. Febr. (Telegramm der „Agence Havas“). Ein General und ein Oberst sind unter der Anschuldigung von Erpressungen bei Militär-



Deutsche Seewarte.				
Meteorologische Beobachtungen.				
Febr.	Seite.	Barom.- Stand mm	Thermom. Celsius	Wind und Wetter.
22	120	763.3 764.4	— 13.4 — 10.5	SD, flau, hell u. tiefig. Eld, still, hell u. wolfig

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und ver-  
mischte Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Familien- und Literatur-  
G. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und  
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail  
H. W. Rosenmann, sämmtlich in Danzig.







# Beilage zu Nr. 16935 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 22. Februar 1888.

## Reichstag.

42. Sitzung vom 21. Februar.

Das Haus erledigt die Etats der Postverwaltung und der Reichsdruckerei.

Zu dem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern haben die Abgg. v. Wedell-Malchow (conf.) und Frege (Rp.) folgende Resolution eingebracht:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. über die Wirksamkeit und Congruenz der Zollpositionen Raps, Rübsaat, Leinsaat, Butter, Oele, Stearinsäure, Talg, Bienenwachs, mineralische Schmieröle u. eine eingehende Untersuchung nach der Richtung hin eintreten zu lassen, ob es nicht geboten erschiene, eine Erhöhung bezüglich Abänderung derselben im Interesse der Landwirtschaft und der theilhaftigen Industrien herbeizuführen; — 2. dem Reichstage demnächst über das Ergebnis dieser Untersuchung Mittheilung zu machen.“

Abg. Brömel (freis.) bringt die Beschwerden über den Petroleumzoll wieder zur Sprache, die seit drei Jahren unerledigt sind. Das Haus hat die Berechtigung dieser Beschwerden durch einen Beschluß anerkannt. Außerdem sind im Hause Wünsche laut geworden über die Rückvergütung des Cacaozollens und der Zuckersteuer bei Ausfuhr von Chokolade und Confitüren und über die Erleichterung der gemischten Transittlager in Folge der Getreidezollerhöhung. Jedem Privatmanne geht auf seine Beschwerde ein sachlicher Bescheid zu; das ist die Pflicht der Behörden. Aber diesem Hause gegenüber scheint man von dieser Regel eine Ausnahme zu machen.

Director im Reichsschatzamt Aschenborn: Der Bundesrath wird dem Reichstage eine Antwort ertheilen; ob sie dem Borreoner gefallen wird, weiß ich nicht. Die Rückvergütung des Cacaozollens und der Zuckersteuer bei der Ausfuhr von Chokolade und Confitüren ist übrigens eine technisch schwer zu lösende Frage, weil man die in diesen Waaren enthaltene Menge von Cacao und Zucker nicht leicht feststellen kann.

Abg. v. Wedell-Malchow (conf.) empfiehlt seine Resolution. Dieselbe ist bestimmt, die Frage in Fluß zu erhalten, ob der Zoll auf Raps zu erhöhen sei, dann, ob nicht gewisse bisher zollfrei gebliebene Selbstfrüchte: Leinsaat, Baumwollensamen, Ricinusamen, dem Solle unterworfen werden müßten. Die Einfuhr des Oleomargarin hat sich in den letzten Jahren so gesteigert, daß wohl eine Zollerhöhung zum Schutz der Naturbutter nothwendig erscheint, und zwar bis zur Höhe des Solles für Butter.

Director Aschenborn glaubt nicht, daß die Einfuhr künstlicher Butter unter der Bezeichnung Oleomargarin zugenommen hat; die Zollämter sind aber auf diese Bedenken aufmerksam gemacht worden.

Abg. Struckmann (nat.-lib.) bedauert, daß durch die Resolution des Abg. v. Wedell wieder eine große Unruhe in weiten gewerblichen Kreisen hervorgerufen wird. Durch den Petroleumzoll ist nicht ein Schutz des Böttchergewerbes, wie beabsichtigt war, sondern das Gegentheil eingetreten. Der Werth dieser Fässer ist seit damals von 4.50 Mk. auf 3.60 Mk. gefallen, außerdem ist der Werth der Einfuhrschneide von ursprünglich 1.40 Mk. auf 0.25 Mk. herabgefunken. Daher ist eine große Unsicherheit im ganzen Petroleumhandel entstanden, und von Amerika hat man bereits

angefangen, in eigens dazu erbauten Schiffen Petroleum einzuführen. Redner fragt, was aus der vor zwei Jahren an den Bundesrath gerichteten Resolution geworden ist: es möchte eine Reichsbehörde zur Entscheidung der Tariffreitigkeiten u. s. w. eingerichtet werden.

Director Aschenborn: Der Bundesrath hat am 28. November v. J. beschlossen, der erwähnten Resolution keine Folge zu geben.

Abg. Barth (freis.): Daß die heute eingebrachte Resolution von neuem eine große Beunruhigung hervorgerufen wird, hat bereits der Abg. Struckmann bemerkt. Ich möchte zunächst hervorheben die gänzlich neue Art der Behandlung Zollpolitischer Fragen, die durch diese Resolution eingeführt wird. Sollen die Regierungen nur theoretisch nachsinnen über das gestellte Thema, oder sollen sie Enquêtes anstellen, oder was sonst? Zum mindesten hätte man es den Regierungen überlassen müssen, zu welchem Resultate sie auf Grund dieser Untersuchungen kommen werden, daß wenigstens theoretisch die Möglichkeit hingestellt würde, daß das Resultat eine Ermäßigung der Zolltariffpositionen sein könnte. Aber die Herren stellen in ihrer Resolution schon heute fest, daß nur eine Erhöhung derselben das Resultat sein kann. Die scheinbare Rücksichtnahme auf die Industrie trägt übrigens nur einen decorativen Charakter, um die Industrie für die Schädigung, welche ihr die Resolution zufügt, nicht gleich vor den Kopf zu stoßen. Denn daß eine solche Schädigung eintritt, ergibt sich daraus, daß es sich hier um eine Vertheuerung des Rohmaterials handelt. In der ganzen Resolution ist auf die Consumenten gar keine Rücksicht genommen. Die Resolution ist darum besonders gefährlich, weil sie den Charakter eines Blancocredits hat. Durch Annahme derselben würde der Reichstag sich bis zu einem hohen Grade für Neuforderungen engagiren; darum bitten wir um Ablehnung der Resolution.

Abg. v. Guene (Centr.): Wir werden für die Resolution stimmen, weil wir bei der Berathung des Zolltariffs ausdrücklich erklärt haben, nur mit Rücksicht auf schnelle Erledigung der Vorlage die entsprechenden Positionen auslassen zu wollen. Unsere materielle Stellungnahme müssen wir uns jedoch vorbehalten, bis das Ergebnis der Untersuchungen vorliegt.

Abg. Brömel (freis.): Ich muß daran festhalten, daß Beschlüsse dieses Hauses nicht durch eine einfache Kammerentscheidung des Bundesraths als erledigt anzusehen sind. Vor drei Jahren faßte der Reichstag einen Beschluß darüber, welche Maßregeln angesichts der Erhöhung der Getreidezölle nothwendig seien, um den Getreideexport Deutschlands durch eine angemessene Reform für die Transittlager einigermaßen weiter zu erhalten, und der Reichskanzler wurde ersucht, hierüber Erhebungen anzustellen und das Ergebnis derselben dem Reichstage in der nächsten Session mitzutheilen. Es erfolgte aber weiter nichts als die Anzeige, daß die Sache vom Bundesrath dem Reichskanzler überwiesen sei. Durch einen Initiativantrag aus dem Hause ist neulich wieder ein ähnlicher Versuch gemacht worden bei der Behandlung der Frage der Transittlager und der Aufhebung des Identitätsnachweises. Aber auch da haben wir keine Antwort vom Bundesrathstisch erhalten können. Wie ist es angesichts solcher Zustände möglich, denen, welche sich mit ihren Beschwerden an

die Volksvertretung wenden, eine ausgiebige sachliche Antwort zu ertheilen. Nach den Erklärungen des Bundesraths scheint es allerdings im deutschen Reiche für die Volksvertretung unmöglich zu sein, auf solche sachlich begründete Fragen auch nur eine Antwort zu bekommen.

Staatsminister v. Bötticher: Wenn der Bundesrath eine Resolution dem Reichskanzler überweist, so ist das durchaus correct. Ein solcher Beschluß bedeutet, daß der Bundesrath die Prüfung darüber, ob dieser Resolution Folge zu geben sei, von der weiteren Prüfung des Reichskanzlers abhängig macht, und wenn diese Prüfung das Ergebnis hat, daß es nicht angezeigt ist, auf dem durch den Reichstag angedeuteten Wege vorzugehen, so tritt der Bundesrath eben einfach dem Reichstagsbeschlusse nicht bei. Zudem erhält ja auch der Reichstag Auskunft darüber, was der Bundesrath beschlossen hat. Wenn Hr. Brömel mir aus der Verfassung eine Bestimmung citiren kann, welche den Bundesrath verpflichtet, dem Reichstage oder dem Petenten gegenüber seine Beschlüsse auch zu motiviren, würde ich gern die Segel streichen. So lange dies aber nicht geschieht, behaupte ich, daß unser bisheriges Verfahren den Bestimmungen der Reichsverfassung entspricht.

Abg. Wörmann (n.-l.) bittet, die Resolution abzulehnen; durch dieselbe werden verschiedene Industrien und gerade Exportindustrien schwer geschädigt, besonders diejenigen, welche die Oele verarbeiten und die bei den jetzigen Zollgesetzen einen ziemlich erheblichen Export betreiben.

Abg. Rickert: Das Verhältniß des Bundesraths zum Reichstage erhält eine eigenthümliche Charakterisirung durch die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zur Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises. Als 1885 der Reichstag beschloß, den Reichskanzler zu ersuchen, über diese Frage eine Enquete anzustellen und auf Grund des Ergebnisses derselben in der nächsten Session Vor schläge zu machen, beschloß der Bundesrath, die Reichstagsresolution dem Reichskanzler zu überweisen. Seitdem sind wir ganz ohne Nachricht darüber geblieben. Wenn ich Hrn. v. Bötticher richtig verstanden habe, so hat er uns heute die längst ersuchte Auskunft gegeben und wir müssen nun zu der Annahme kommen, daß der Bundesrath dem Reichstage nicht beigetreten ist. Ist dem aber so, so war der Bundesrath verpflichtet, dem Reichstage diese Mittheilung zu machen. Nach Art. 34 der Geschäftsordnung ist jedes Reichstagsmitglied berechtigt, die Uebersicht der vom Bundesrath auf die Beschlüsse des Reichstags gefaßten Entschlüssen 14 Tage nach erfolgter Vertheilung zum Gegenstand von Bemerkungen zu machen. Nur die Beschlüsse des Reichstags, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesraths erledigt worden sind, dürfen nicht erörtert werden. Danach muß uns der Bundesrath Auskunft geben, und er würde sogar recht thun, uns auch die Gründe für seine Entscheidungen anzuführen. Besonders gilt das in dem Falle, wenn die Ermittlungen des Reichskanzlers dazu geführt haben, dem Reichstagsbeschlusse auf Aufhebung des Identitätsnachweises nicht beizutreten. Wenn das aber der Fall ist, warum hat man uns denn über die Stellung des Bundesraths keine Auskunft gegeben? Nach den Zeitungsberichten ist in der

Commissionsitzung ein Commissar des Bundesraths anwesend gewesen, hat aber erklärt, er sei zu keinerlei Auskunft ermächtigt. Haben denn nun Ermittlungen stattgefunden und mit welchem Resultat? Sind sie dem Bundesrath mitgetheilt und mit welchem Erfolg? Sachlich war also die Beschwerde begründet.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich habe nicht sagen wollen, daß in der vorliegenden Frage der Reichskanzler das Resultat seiner Erwägungen an den Bundesrath gebracht und dieser dann beschlossen habe, der Resolution keine Folge zu geben. Der Bundesrath ist nicht mit der Sache befaßt worden. Daher ist die Annahme, daß der Bundesrath die Frage des Identitätsnachweises bereits abgelehnt hätte, ungerechtfertigt. Eine Verpflichtung des Bundesraths zur Mittheilung der Gründe an den Reichstag liegt nicht vor, wenngleich zwar auch in dieser Beziehung des Bundesraths immer sehr gern den Wünschen des Reichstags nachgekommen ist. Wenn die Frage über das gegenseitige Verhältniß der beiden Körperschaften so scharf behandelt wird, dann könnten wir dagegen daran erinnern, daß Vorlagen des Bundesraths häufig genug in einer Commission begraben werden oder unter den Tisch des Hauses fallen. Kein Mitglied des Bundesraths aber erkundigt sich nach dem Schicksale dieser Vorlagen. Denn man hat es erklärlich gefunden, wenn der Reichstag unter Umständen den Weg eines anständigen Begräbnisses (Heiterkeit) gewählt hat. In derselben Lage aber befindet sich mitunter auch der Bundesrath. Wir werden also nach wie vor jederzeit Auskunft geben. Aber wenn der Abg. Brömel sagt, der Bundesrath soll Auskunft geben (Abg. Brömel: Das habe ich nicht gesagt), so erkennen wir eine Verpflichtung dazu nicht ab.

Abg. Brömel: Im vorliegenden Falle sind seit der Resolution fast drei Jahre vergangen, und trotzdem ist weder bis heute noch auch in der heutigen Berathung selbst irgend eine Antwort darauf erfolgt. Darin liegt ein bezeichnender Beitrag zu den neulichen Ausführungen des Abg. Bamberger über die Stellung des deutschen Reichstags. (Gehr gut! links.)

Ueber die Resolution v. Wedell wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Bei dem Rap. „Tabaksteuer“ bringt der Abg. Bökel seine bekannten Angriffe gegen die Juden vor und wird dreimal vom Präsidenten zur Sache gerufen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 162 bis 172. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 120 bis 126, russischer loco ruhig, 90—96. Hafer still. Gerste still. Rübsen fest, loco 47. — Spiritus flau, per Februar-März 21 Br., per März-April 21 Br., per April-Mai 21 Br., per Mai-Juni 21 1/4 Br. Raffee flau, Umsatz 2000 Sach. — Petroleum fest, Standard white loco 7.25 Br., 7.10 Gd., per August-Dezember 7.30 Br. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 21. Februar. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88° Rendem., frei an Bord Hamburg per März 14.45, per April 14.60, per November 12.80, per December 12.80. Fest.

Hamburg, 21. Febr. Raffee good average Santos per März 58, per Mai 58 1/2, per Septbr. 54 1/4, per December 53 1/4. Flau.



Savre, 21. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 73.00, per Mai 73.00, per Aug. 70.50, per Debr. 67.50. Behauptet.

Bremen, 21. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.) Ruhig. Standard white loco 7.15 Br.

Frankfurt a. M., 21. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 214, Franzosen 173 1/2, Lombarden 60 1/2, Galizier 154, Aegyptier 75.05, 4% ungar. Goldrente 77.40, Gotthard-Bahn 112.00, 1880er Rüssen 76.30, Disconto-Commandit 187.50, 3% portug. Staatsanleihe 59.45, Laurahütte 90. Still.

Wien, 21. Februar. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 77.65, do. 5% do. 92.60, do. Silberrente 79.20, 4% Goldrente 108.60, do. ungar. Colbr. 98.35, 5% Papierrente 82.90, 1854er Loose 130.50, 1860er Loose 133.75, 1864er Loose 166.25, Creditloose 176.80, ungar. Brämienloose 119.25, Creditactien 288.10, Franzosen 215.00, Lombarden 76.50, Galizier 191.25, Lomb.-Cern. 208.00, Barbus 146.00, Nordwestbahn 152.25, Elbethalb. 156.00, Kronprinz-Rudolfbahn 178.00, Böhm. West. - Nordbahn 244.00, Unionbank 187.25, Anglo-Aust. 99.50, Wiener Bankverein 81.75, ungar. Creditactien 270.75, deutsche Plätze 62.20, Londoner Wechsel 126.85, Pariser Wechsel 50.25, Antwerpener Wechsel 105.25, Napoleons 10.04 1/2, Dukaten 5.98, Marknoten 62.22 1/2, russ. Banknoten 1.06 1/2, Silbercoupons 160.00, Länderbank 203.00, Lramwan 208.50, Tabakactien 71.25, Buschtharaderbahn.

Amsterdam, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen geschäftlos. Roggen per März 103, per Mai 102, per Oktober 105.

Antwerpen, 21. Febr. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer schwach. Gerste unverändert.

Antwerpen, 21. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/2 bez., 19 1/4 Br.

per März 18 1/2 bez. und Br., per April-Juni 17 1/2 Br., per Sept.-Dez. 18 Br. Fest.

Paris, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Februar 24.25, per März 24.10, per März-Juni 24.10, per Mai-August 24.30. Roggen ruhig, per Febr. 13.80, per Mai-August 14.25. Weizen fest, per Februar 52.25, per März 52.40, per März-Juni 52.50, per Mai-August 52.75. Rübsöl weichend, per Febr. 51.50, per März 51.50, per März-Juni 51.50, per Mai-August 51.50. Spiritus ruhig, per Februar 46.25, per März 46.50, per März-April 46.75, per Mai-August 47.00. - Wetter: Kalt.

Paris, 21. Februar. (Schluß-Course.) 3% amortisirbare Rente 85.35, 3% Rente 81.95, 4 1/2% Anleihe 106.60, italien. 5% Rente 93.60, österreichische Goldrente 87 1/4, 4% ungar. Goldrente 77 1/4, 4% Rüssen de 1880 76.90, Franzosen 431.25, Comb. Eisenbahnactien 170, Lombard. Prioritäten 285.00, Convert. Türken 14.05, Türkenloose 35.40, Credit mobilier 300, 5% Spanien 67 1/2, Banque ottomane 501.25, Credit foncier 1373, 4% unific. Aegyptier 378.75, Suez-Actien 2116, Banque de Paris 741.00, Banque d'escompte 455.00, Wechsel auf London 25 1/4 1/2, Wechsel auf deutsche Plätze (3 Mt.) 123 1/2, 5% priv. türk. Obligationen 362.50, Panama-Actien 230, Rio Tinto 510.

London, 21. Febr. Consols 102 1/2, 4% preuß. Consols 105 1/2, 5% italien. Rente 92 1/2, Lombarden 6 1/4, 5% Rüssen von 1871 91, 5% Rüssen von 1872 90 1/2, 5% Rüssen von 1873 91 1/2, Convert. Türken 13 1/2, 4% fundirte Amerikaner 129, Oesterr. Silberrente 63, Oesterr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76 1/4, 4% Spanien 66 1/4, 5% priv. Aegyptier 101 1/2, 4% unific. Aegyptier 74 1/2, 3% gar. Aegyptier 103 1/2, Othoman-Bank 9 1/2, Suez-Actien 83 1/4, Canada Pacific 59 1/2, Convertirte Mexikaner 35 1/4, Silber - Blackdiscont 1 1/4 Proc. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20.50, Wien 12.85, Paris 25.44, Petersburg 19 1/4 1/2.

Glasgow, 21. Februar. Rohisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 sh. 2 1/2 d.

Liverpool, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen und Mehl stetig, Mais geschäftlos. - Wetter: Schnee. Petersburg, 21. Februar. Productenmarkt. Tals loco 55.00, per August 49.00. Weizen loco 13.00. Roggen per Juni-Juli 5.50. Hafer loco 3.80. Hauf loco 45.00. Leinsaat loco 13.50. - Wetter: Frost.

Petersburg, 21. Febr. Wechsel London 3 Mt. 119.00, do. Berlin 3 Mt. 58.60, do. Amsterdam 3 Mt. 98.75, do. Paris 3 Mt. 47.15, 1/2-Imperials 9.44, russ. Bräm.-Anleihe de 1864 (gestillt) 265, russ. Bräm.-Anl. de 1865 (gestillt) 249 1/2, russ. Anleihe de 1873 166 1/2, do. 2. Orientanleihe 97 1/2, do. 3. Orientanleihe 97 1/2, do. 6% Goldrente 195 1/2, Große russ. Eisenbahnen 265 1/2, Kursk-Niem-Actien 323, Petersburger Discontobank 697 1/2, Warshauer Discontobank - russ. Bank für auswärt. Handel 270, Petersburger intern. Handelsbank 470, neue 4% innere Anleihe 81 1/2, Petersburger Privat-Handelsbank 380, 4 1/2% russ. Bodenspfandbriefe 155, Privatisdiscont 6 1/2 %.

Petersburg, 21. Febr. Bankausweis. Cassenbestand 47 059 017, Discontirte Wechsel 27 401 954, Borsch. auf Waaren 57 000, do. auf öffentl. Fonds 5 814 347, do. auf Actien u. Obligationen 13 597 268, Contocurr. des Finanzministeriums 119 311 438, sonstige Contocurr. 31 847 609, verzinsliche Deposits 25 739 959.

Newyork, 20. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4 1/4 1/2, Cable Transfers 4.87, Wechsel auf Paris 5.21 1/2, 4% fund. Anleihe von 1877 125 1/2, Erie-Bahn-Actien 26 1/2, Newyork-Central-Actien 107 1/2, Chic. North-Western-Actien 108 1/2, Lake Shore-Actien 91 1/2, Central-Pacific-Actien 30 1/2, North-Pacific-Preferred-Actien 44 1/2, Louisville u. Nashville-Actien 59 1/2, Union-Pacific-Actien 56 1/2, Chic. Milw. u. St. Paul-Actien 76 1/2, Reading u. Philadelphia-Actien 56 1/2, Wabash-Preferred-Actien 26 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn

Actien 58, Illinois Centralbahn-Actien 117, St. Louis und St. Franc. pref. Actien 72, Erie second Bonds 97 1/2, in Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 109 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2, raff. Petroleum 70 % Abel Test n Newyork 7 1/4 Cb., do. in Philadelphia 7 1/4 Cb., rohes Petroleum in Newyork - D. 6 1/2 C., do. Pipe line Certificats - D. 88 3/4 C. - Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/4, Kaffee (Fair Rio) 16, Rio Jr. 7 low ordinary per März 12.27, do. per Mai 11.87. - Schmalz (Mico) 7.85, do. Fairbanks 7.90, do. Rohe u. Brothens 7.25, Speck - Kupfer per März 16.20, Getreidefracht 1.

Newyork, 20. Februar. Biffle Supply an Weizen 39 565 000 Bushels, do. an Mais 8 335 000 Bushels. Newyork, 20. Febr. Weizen-Berichtungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 47 000, do. nach Frankreich 18 000, do. nach anderen Häfen des Continents 18 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 65 000, do. nach anderen Häfen des Continents - Aris.

Newyork, 21. Febr. Wechsel auf London i. S. 4.84 1/4, Roher Weizen loco 0.90 1/2, per Februar 0.89 1/2, per März 0.89 1/2, per Mai 0.91 1/2. - Mehl loco 3.15. - Mais 0.61. Fracht 1. - Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/4. - Morgen Feiertag.

### Thorner Wechsel-Rapport.

Thorn, 21. Februar. Wasserstand: plus 0.73 Meter. Wind: D. Wetter: 7 Gr. Frost, windig.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Hermann - das Familien- und Literarische: S. Wächter, - den lokalen und provinziellen, Gerichts-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Mehl, - für den Inseratentheil: H. B. Kaufmann, sämmtlich in Danzig.

## Berliner Fondsbörse vom 21. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in wenig fester Haltung und mit zumest etwas niedrigeren Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls weniger günstig und boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier zeigte die Speculation große Zurückhaltung und die Umsätze bewegten sich besonders anfangs in engen Grenzen. Im Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung weiter ab und bei weichenden Coursen gewann das Geschäft periodisch etwas an Regsamkeit. Der Kapitalmarkt erweist sich ziemlich fest für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere im allgemeinen schwach lagen. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei zumest wenig veränderter.

aber eher schwächeren Coursen. Der Privat-Discont wurde mit 1 1/2 % Cb. notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien u. abgelmachteter Notiz mäßig belebt; Franzosen und Lombarden schwächer, auch andere österreichische Bahnen und Gotthardbahn eher nachgebend. Von den fremden Fonds waren russische Anleihen und Noten sowie ungarische Goldrente und Italiener schwächer. Deutsche und preussische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Oligationen fest und ruhig. Bankactien schwach. Industripapiere ziemlich behauptet und ruhig; Montanwerthe schwächer. Inländische Eisenbahnactien abgelmacht und ruhig.

Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.30
do. do.	3 1/2	101.29
Non-solidirte Anleihe	4	106.90
do. do.	3 1/2	101.50
Staats-Schuldcheine	3 1/2	100.40
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	4	103.00
Westpr. Prov.-Oblig.	4	102.19
Landb. Centr.-Pfdb.	3 1/2	98.60
Ostpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	99.25
Dominische Pfandbr.	4	102.80
do. do.	4	99.50
Dosenische neue Pfdb.	4	98.70
do. do.	3 1/2	98.70
Westpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	98.70
do. neue Pfandbr.	3 1/2	98.70
Domm. Rentenbriefe	4	104.50
Dosenische do.	4	104.40
Dreuhische do.	4	104.40

Ausländische Fonds.		
Oesterr. Goldrente	4	87.25
Oesterr. Papier-Rente	4	62.10
do. do.	4 1/2	63.70
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	99.50
do. Papierrente	5	66.50
do. Goldrente	4	77.50
Ung. Ost.-Pr. 1. Em.	4	75.30
Russ.-Engl. Anleihe 1870	5	96.00
do. do. do. 1871	5	90.10
do. do. do. 1872	5	90.10
do. do. do. 1873	5	91.55
do. do. do. 1875	4 1/2	83.00
do. do. do. 1877	5	96.40
do. do. do. 1880	4	76.15
do. Rente	6	103.50
Russ.-Engl. Anleihe 1884	5	90.30
do. Rente	5	82.25
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	51.10

Russ. 3. Orient-Anleihe	5	50.85
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	52.10
do. do. 6. Anleihe	5	83.80
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	80.00
Poln. Liquidat.-Pfdb.	4	47.00
Italienische Rente	5	94.10
Rumänische Anleihe	6	104.20
do. fundirte Anl.	5	100.00
do. amort. do.	5	91.75
Türk. Anleihe von 1866	1	13.65
Serbische Gold-Pfdb.	1	81.90
do. Rente	5	77.10
do. neue Rente	5	78.80

Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	101.70
do. do.	3 1/2	102.50
Dtsch. Grundsch.-Pfdb.	4	102.00
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	102.00
Weininger Hyp.-Pfdb.	4	101.80
Nordb. Grdcred.-Pfdb.	4	114.30
Domm. Hyp.-Pfandbr.	5	109.80
2. u. 4. Em.	4 1/2	108.10
1. do.	4	100.40
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 1/2	115.25
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	116.40
do. do. do.	4 1/2	112.40
do. do. do.	4	102.90
Pr. Hypoth.-Actien-Bh.	4	102.50
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-G.	4 1/2	103.80
do. do. do.	3 1/2	102.40
do. do. do.	3 1/2	97.60
Stettiner Nat.-Hypoth.	4 1/2	103.60
do. do. do.	4 1/2	105.90
do. do. do.	4	102.80
Poln. landb. Hypoth.	5	52.50
Russ. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	87.60
Russ. Central. do.	5	65.90

Lotterie-Anleihen.		
Bab. Präm.-Anl. 1867	4	138.90
Baier. Prämien-Anleihe	4	138.90
Braunsch. Pr.-Anleihe	4	98.25
Both. Präm.-Pfundbr.	3 1/2	105.40
Hamburg. St.-R.-Loose	3	139.90
Köln-Mind. Pr.-G.	3 1/2	132.80
Südbayer. Präm.-Anleihe	3 1/2	128.00
Oesterr. Loose 1854	4	291.75
do. Cred.-L. v. 1858	5	109.70
do. Loose von 1860	5	272.90
do. do. 1864	3	132.30
Döbener Loose	3 1/2	146.75
Pr. Präm.-Anleihe 1855	4	139.50
Kaab-Grat. 100 L.-Loose	4	131.00
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	131.00
Ung. Loose	5	131.00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.		
Aachen-Mastricht	49.40	17 1/2
Berl.-Dresd.	103.00	3 1/2
Maini-Ludwigshafen	49.75	1 1/2
Marienburg-Mamha-St.-A.	106.25	5
do. St.-Pr.	106.25	5
Nordhausen-Erfurt	74.30	5
Ostpreuss. Südbahn	108.75	2
do. St.-Pr.	48.50	2
Saal-Bahn St.-Pr.	106.70	3 1/2
do. St.-A.	105.20	4 1/2
Stargard-Posen	24.80	2 1/2
Weimar-Gera gar.	85.00	2 1/2
do. St.-Pr.	85.00	2 1/2

Zinsen vom Staatsgar. Div. 1886.		
Galizier	77.40	5
Gotthardbahn	116.10	3 1/2
Kronpr.-Rub.-Bahn	71.80	4 1/2
Lüttich-Limburg	15.30	4
Oesterr.-Franz. St.	88.75	3 1/2
do. Nordwestbahn	60.90	4
do. Lit. B.	3.81	3 1/2
Reichenb.-Pfundbr.	112.75	—
Russ. Staatsbahnen	53.10	—
Russ. Südbahnen	53.10	—
Schweiz. Unionb.	31.80	2 1/2
do. Westb.	30.90	—
Südböhm. Lombard	131.10	15
Warschau-Wien	131.10	15

Ausländische Prioritäts-Actien.		
Gotthard-Bahn	107.30	5
Kasch.-Oderb. gar. 1.	79.60	5
do. do. Gold-Pr.	102.60	5
Kronpr.-Rub.-Bahn	71.50	5
Oesterr.-Fr.-Staatsb.	79.10	3
Oesterr. Nordwestbahn	84.80	5
do. Elbthalb.	83.25	5
Südböhm. B. Lomb.	57.20	5
do. 5% Oblig.	101.90	5
Ungar. Nordostbahn	75.40	5
do. do. Gold-Pr.	101.50	5
Preß.-Grajemo	79.00	5
Charkow-Azow ril.	87.75	5
Kursk-Charkow	87.00	5
Kursk-Niem	85.80	5
Mosko-Moslen	86.30	5
Rybinsk-Bologone	77.80	5
Rijasan-Roslom	81.10	5
Warschau-Terespol	86.10	5

Bank- und Industrie-Actien.		
Berliner Kassen-Verein	120.50	4 1/4
Berliner Handelsagel.	152.10	9
Berl. Brod. u. Hand.-A.	91.30	4 1/2
Bremer Bank	95.60	2 1/2
Bresl. Diskontobank	90.10	5
Danziger Privatbank	136.50	10
Darmstädter Bank	140.25	7
Deutsche Genossensch.-B.	121.50	6 2/3
do. Bank	163.75	9
do. Effecten u. W.	115.50	8
do. Reichsbank	132.90	5.29
do. Hypoth.-Bank	102.80	5
Disconto-Command.	191.10	10
Gotthard Grundcr.-Bh.	57.75	6 1/3
Hamb. Commers.-Bank	120.25	5
Hannoversche Bank	113.60	5
Königsb. Vereins-Bank	107.50	6
Lübeck. Comm.-Bank	162.50	—
Magdebg. Privat-Bank	115.25	47/10
Meininger Hypoth.-Bh.	96.40	43/4
Norddeutsche Bank	150.75	7
Oesterr. Credit-Anstalt	—	8.12
Domm. Hyp.-Act.-Bank	53.90	2
Dosener Provinz.-Bank	115.00	5 1/4
Preuss. Boden-Credit	109.25	5 1/2
Pr. Centr.-Boden-Cred.	135.40	4
Schaffhaus. Bankverein	91.00	83/4
Schleischer Bankverein	108.80	5 1/2
Südb. Bod.-Credit-Bh.	139.10	6 1/2

Danziger Delmühle	116.50	9
do. Prioritäts-Act.	112.00	6
Actien der Colonia	7850	60
Leipziger Feuer-Versich.	15750	60
Bauverein Vaffage	62.30	2 1/2
Deutsche Baugesellschaft	88.50	4
A. B. Omnibus-Gesellsch.	173.75	10
Berlin. Pferdebahn	266.25	11 1/4
Berlin. Pappen-Fabrik	97.00	5

Wilhelmshütte.		
Oberesch. Eisenb.-B.	102.25	—
do. do.	62.60	9
Berg- und Hüttengeellschaften.		
Div. 1886.		
Dortm. Union-Bgh.	—	—
Königs- u. Laurahütte	90.00	1 1/2
Stolberg, Sink	36.50	1 1/2
do. St.-Pr.	107.75	—
Victoria-Hütte	—	6

Wechsel-Cours vom 21. Februar.		
Amsterdam	8 Tg.	2 1/2 168.95
do.	2 Mon.	2 1/2 168.40
London	8 Tg.	2 1/2 20.36
do.	3 Mon.	2 1/2 20.295
Paris	8 Tg.	2 1/2 80.65
Brüssel	8 Tg.	3 80.65
do.	2 Mon.	3 80.35
Wien	8 Tg.	4 169.60
do.	2 Mon.	4 159.70
Petersburg	3 Wch.	5 169.80
do.	3 Mon.	5 168.25
Warschau	8 Tg.	5 170.35

Discont der Reichsbank 3 %.		
Sorten.		
Dukaten	—	20.32
Gouverains	—	16.135
20-Francs-St.	—	—
Imperials per 500 Gr.	—	—
Dollar	—	—
Englische Banknoten	—	20.37
Französische Banknoten	—	80.80
Oesterreichische Banknoten	—	160.70
do. Silbergulden	—	—
Russische Banknoten	—	171.00